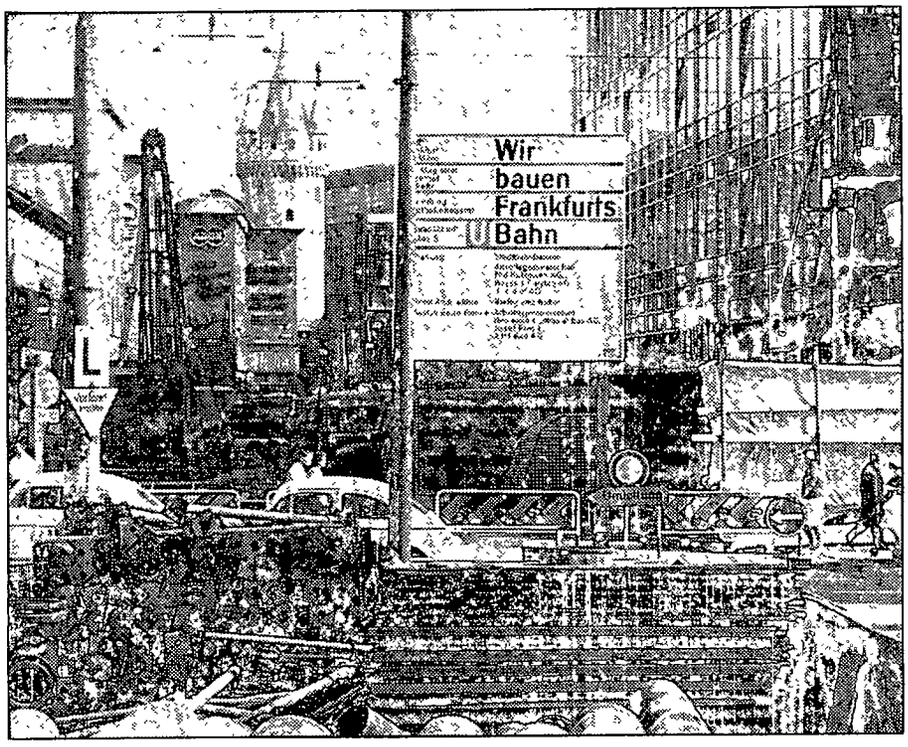



Frankfurter U-Bahn-Baustelle: Städtische Sparkur ...

# GEMEINDEN

FRANKFURT

## Selten Sekt

Frankfurts Oberbürgermeister Professor Willi Brundert hieß die Gäste aus dem Fernen Osten willkommen. Prinzessin Hanako und Prinz Hitachi verneigten sich. Man reichte Sekt.

Den japanischen Besuchern der Messestadt wurde damit — in der vorletzten Woche — eine Ehre zuteil, wie sie in jüngster Zeit nur noch dem US-Astronauten John H. Glenn widerfuhr. Alle übrigen OB-Besucher, vom chilenischen Botschafter bis zu den Mitgliedern der Abwässertechnischen Gesellschaft, erhielten lediglich ein Glas einfachen Rebensaftes.

Die karge Bewirtung im Frankfurter Römer kündet von einer Sparwelle, mit der die Main-Metropole ihre Schulden fortzuspülen hofft. Denn: Die Stadt mit dem höchsten Kommunal-Steueraufkommen in der Bundesrepublik (1964: 366 Millionen Mark) hat auch die höchsten Schulden (1,4 Milliarden Mark). Allein der Schuldendienst beläuft sich auf 166 Millionen Mark jährlich.

Die Stadt der Banken und Versicherungen geriet derart in die Kreide, weil die Steuergesetzgebung sie zwingt, den Löwenanteil des Steueraufkommens an den Bund und das Land Hessen abzuführen. An den hohen Investitionen der Stadt für Wiederaufbau und Modernisierung aber beteiligen sich Bund und Land nur unzulänglich.

So flossen im letzten Haushaltsjahr von 2,7 Milliarden Mark Frankfurter Steuergeldern 2,4 Milliarden Mark in fremde Kassen. Nur 50 Millionen Mark bekam die Stadt, die ein Drittel des gesamten hessischen Steueraufkommens beibringt, auf dem Umweg über die Landeshauptstadt Wiesbaden wieder zurück.

Zugleich erfordern Großprojekte wie der Bau der Nordwest-Stadt und der U-Bahn erhebliche Summen. Jede zweite Mark muß der Frankfurter Magistrat für den Verkehr ausgeben; doch während beispielsweise das Land Nordrhein-Westfalen die Hälfte der Unkosten für den Kölner U-Bahn-Bau übernimmt, beteiligt sich das Land Hessen an der Frankfurter U-Bahn nur mit einem Drittel.

Zum erstenmal versuchten Frankfurts Stadtverordnete im vergangenen Jahr, die Schuldenhalde am Main abzutragen. Sie kürzten alle Ausgaben um 20 Prozent. Doch die betroffenen Behörden protestierten:



Frankfurter OB Brundert, Gäste*
... statt Rippchen mit Kraut

▷ Die Personalverwaltung drohte mit der Einstellung der Schreibarbeiten, weil kein Büromaterial mehr vorhanden war;

▷ das Friedhofsamt forderte Geld, weil die Toten auch weiterhin bestattet werden müßten;

▷ die Polizei verlangte gesperrte Gelder zurück, weil ihr das Futter für die Hundestaffel ausgegangen war.

Die Stadtverordneten gaben nach. Auch sich selber nahmen sie bei den Aufhebungs-Anträgen nicht aus: Die Kürzung des Etatpostens „Ausgaben in besonderen Fällen" für das Parlament (25 000 Mark) wurde ebenfalls wieder gestrichen.

Im zweiten Anlauf versuchte der Magistrat selber, den Stadthaushalt in die Balance zu bringen. Die Stadtväter kürzten die langfristige Investitionsliste von 2,7 Milliarden auf 1,7 Milliarden Mark zusammen und kündigten an, als Folge dieser Sparkur werde zum Beispiel die Eschersheimer Landstraße, desolater Schauplatz des ersten Frankfurter U-Bahn-Baus, nach Fertigstellung des Bahntunnels als unbefahrbare Wüstenei liegenbleiben. Magistrats-Sprecher Joachim Peter erläuterte: „Das war als demonstrativer Akt gedacht und als Schock für (die Landesregierung in) Wiesbaden."

Aber Wiesbaden reagierte nicht, und OB Brundert mußte auf eigene Faust handeln: Er kündigte die Erhöhung der Gewerbesteuern — schon jetzt mit die höchsten in der Bundesrepublik — und der Straßenbahntarife an, und er sagte die für 1969 in Frankfurt geplante Bundesgartenschau, die schon mit 92 Millionen Mark zu Buche stand, kurzerhand ab: „Wir haben einfach kein Geld dafür."

Um jährlich 30 Millionen Mark einzusparen, will die Stadt sogar ihr liebstes Kind aussetzen: die Frankfurter Johann Wolfgang Goethe-Universität — die einzige städtisch verwaltete Alma mater in der Bundesrepublik — soll in die staatliche Obhut des Landes Hessen übergeben werden.

Frankfurts Austerity-Programm verschont auch die kleinen Nutznießer des Stadtsäckels nicht. Die Theater-Subventionen werden gekürzt, die Zuschüsse für rund 80 Vereine gestrichen — darunter die jährlichen Zubußen für den Verein zur Wahrung der Rheinschiffahrts-Interessen (300 Mark) und die Werksärztliche Arbeitsgemeinschaft (144 Mark).

Zu einem Kapitel der Vergangenheit verblassen auch die „Frankfurter Abende", jene zu jeder passenden Gelegenheit veranstalteten Empfänge des Oberbürgermeisters für heimische und auswärtige Prominenz mit Apfelwein, Rippchen und Kraut, heißer Wurst und Brezeln, deren Verzehr ein den städtischen Diensten entliehener Amtsbote mit einem Leierkasten übertönte.

Künftig wird nur noch zu einem „Empfang mit anschließendem Umtrunk" eingeladen. Nach den kostenlosen Begrüßungsworten des OB werden die Gäste im Stehen mit dem herben städtischen Wein getränkt, der auf den Hochheimer Hügeln gedeiht. Magistrats-Sprecher Peter: „Hoffentlich halten das wenigstens unsere Weinberge aus."

* Prinz Hitachi und Prinzessin Hanako aus Japan.